

Anhörung Unterausschuss Abrüstung zu EWIPA 20.3.2019

Statement Dr. Eva Maria Fischer, Handicap International

Humanitäre Folgen von Explosivwaffeneinsätzen

Handicap International als humanitäre Organisation, die in vielen Kriegs- und Krisenregionen in der Opferhilfe und in der Räumung explosiver Kriegsreste tätig ist, wird täglich mit dem Leid der Menschen konfrontiert, die unter den Folgen von Explosivwaffeneinsätzen in bevölkerten Gebieten leiden. Aus diesem Grund haben wir uns mit anderen Organisationen im internationalen Netzwerk Explosivwaffen INEW zusammengeschlossen und sind politisch aktiv geworden.

Lassen Sie mich als ein Beispiel von viel zu vielen hier das Schicksal von Nora A. nennen, einer alleinstehenden Mutter, die von unseren Physiotherapeuten und Psychologen im Jemen betreut wird: Nora lebte in Hodeidah, einer der am schwersten von den Kämpfen betroffenen Städte im Jemen. Am 2. August 2018 traf ein Luftangriff den Eingangsbereich des Krankenhauses Al-Thawra in Hodeidah, als Nora gerade mit ihren Freundinnen in einem Bus dort ankam, um einen Freund zu besuchen. Sie berichtete: „Nach der Explosion habe ich mich kriechend aus dem Bus befreit. Ich rief nach meiner Schwester und meinen Freundinnen, doch ich erhielt keine Antwort! Schließlich fand ich meine schwangere Schwester. Sie lag im Sterben.“ Nora selbst verlor bei dem Angriff ihr rechtes Bein.

Das UN Human Rights Office hat im Jemen Explosivwaffenangriffe auf Märkte, Krankenhäuser, Schulen und Wohngebiete dokumentiert. Auch Save the Children hat im kürzlich vorgelegten Bericht „Krieg gegen Kinder“ dokumentiert, dass z.B. jede zehnte Schule im Jemen beschädigt wurde. Nicht nur im Jemen gibt es zahlreiche Verletzungen des Völkerrechts, indem zivile Objekte direkt angegriffen werden oder bei Angriffen eine unverhältnismäßig hohe Zahl ziviler Opfer in Kauf genommen wird. Aber die humanitäre Problematik, mit der wir uns beschäftigen müssen, geht über die völkerrechtswidrigen Angriffe hinaus. Auch wenn legale explosive Waffen gegen militärische Ziele in bevölkerten Gebieten eingesetzt werden, auch wenn Angriffe nicht gegen das Völkerrecht verstoßen, ist das Risiko unterschiedsloser Folgen für die Zivilbevölkerung hoch – insbesondere beim Einsatz von Explosivwaffen mit großem Wirkungsradius. Der Kollege Rasmus Sandvoll Weschke erläutert im Detail, um welche Waffen es sich dabei handelt.

Es geht also nicht nur darum, dass das Völkerrecht beachtet wird. Aufgrund des besonders großen Risikos ziviler Opfer sollten Explosivwaffen mit großem Wirkungsradius in bevölkerten Gebieten generell nicht eingesetzt werden.

In zahlreichen Studien dokumentieren Handicap International und andere Organisationen die verheerenden Auswirkungen von Explosivwaffen auf Körper und Psyche der Opfer.

Sie bewirken schwerste Verletzungen, die häufig in lebenslangen Behinderungen resultieren. Häufig leiden die Betroffenen auch unter schweren psychischen Beeinträchtigungen. Eine Studie von Handicap International von 2016 stellte fest, dass 80% der befragten syrischen Flüchtlinge, die durch EWIPA verletzt worden waren, auch unter psychischen Belastungen leiden. Zweidrittel waren durch den psychischen Stress unfähig dazu, die grundlegenden Alltagsaktivitäten zu verrichten.

Explosivwaffen fordern darüber hinaus viele Opfer durch ihre indirekte Wirkung – indem lebensnotwendige Infrastruktur wie Krankenhäuser, Schulen, Wasser- und Stromversorgung zerstört werden.

Sie verlängern aufgrund der vielen nicht explodierten Blindgänger die Bedrohung über die Angriffe hinaus, den Krieg in die Friedenszeit hinein.

Und aufgrund all dieser dramatischen Folgen treiben Explosivwaffeneinsätze in bevölkerten Gebieten die Menschen in die Flucht. Handicap International hat in den letzten beiden Jahren zwei Studien herausgegeben auf der Grundlage von Statistiken und Befragungen aus unserer Arbeit mit syrischen Frauen, die nach Jordanien und in den Libanon geflohen sind. Die häufigste Antwort auf die Frage nach dem Grund ihrer Flucht war: Die andauernden Bombardierungen. Dabei floh ca. die Hälfte der Befragten oft viele Male innerhalb des Landes von Ort zu Ort, bis sie schließlich endgültig das Land verlassen mussten. So zitiert ein Bericht die junge Mutter Hanan: „Als wir am Wohnort meiner Tante ankamen, dachte ich, wir wären endlich in Sicherheit. Doch auch hierher kamen die Bombenangriffe. Es war, als ob wir dem Tod entfliehen und bei der Ankunft merken, dass der Tod dort auf uns wartet.“

In ihrem Explosive Violence Monitor hat die britische Organisation Action on Armed Violence für 2017 allein anhand von Medienberichten über 42.000 Tote und Verletzte durch Explosivwaffeneinsätze gezählt. Diese Zahl nennt auch der UN Generalsekretär in seinem letzten Bericht zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten. Bei Einsätzen in bevölkerten Gebieten stammten 92% der Getöteten und Verletzten aus der Zivilbevölkerung. 2017 gab es auch einen starken Anstieg von zivilen Todesopfern durch Einsätze der US-geführten Koalition im Irak und in Syrien auf 2.867 Tote und Verletzte, das sind 18% der in diesem Jahr weltweit dokumentierten Opfer durch staatliche Explosivwaffeneinsätze.

In den acht Jahren seit 2010, in denen Action on Armed Violence Daten erhoben hat, wurden allein 22.000 Luftangriffe berichtet mit 310.000 Getöteten und Verletzten. Davon stammten 75% aus der Zivilbevölkerung: 80.000 von ihnen wurden getötet und 150.000 verletzt. In dicht bevölkerten Gebieten liegen die zivilen Opfer bei über 90%, in weniger bevölkerten Gebieten bei weniger als 30%.

Empfehlungen politischen Handelns

Diese alarmierenden Fakten sind der Grund, dass wir als zivilgesellschaftliche Organisationen beschlossen haben zu handeln, aber auch das ICRC, UN-Organisationen und eine immer größere Zahl an Staaten. Bei zwei Regionalkonferenzen in Afrika und Südamerika 2017 und 2018 haben insgesamt 41 Staaten zum Handeln und zur Vermeidung von Explosivwaffen mit großem Wirkungsradius in bevölkerten Gebieten aufgerufen. Der UN Generalsekretär hat EWIPA als besonders drängendes Problem auf seine aktuelle Prioritätenliste im Abrüstungsbereich gesetzt. Und auch im Koalitionsvertrag steht explizit die Aufforderung an die Bundesregierung, für den Schutz der Zivilbevölkerung vor EWIPA aktiv zu werden.

Erfreulicherweise hat die deutsche Regierung im UN-Kontext bereits begonnen, sich zu EWIPA zu engagieren. Insbesondere im Rahmen der Convention on certain Conventional Weapons CCW hat Deutschland in mehreren so genannten EWIPA-Talks Bewusstsein für die Problematik geschärft und den Austausch über militärische Praktiken begonnen. Allerdings haben wir bei den beiden letzten Vertragsstaatenkonferenzen der CCW feststellen müssen, dass eine offizielle Diskussion des Themas von einigen Mitgliedsstaaten blockiert wurde und über den Austausch am Rande hinaus kein Ergebnis zu erwarten ist.

Deshalb muss die deutsche Regierung über das Engagement im Rahmen der CCW hinausgehen. Ein guter Schritt dahin war die deutsche Beteiligung an einem von Irland initiierten Statement, das im Oktober der UN-Generalversammlung vorgelegt wurde.

In diesem wurden die dramatischen Folgen von EWIPA und das dringend notwendige Engagement zur Abschwächung der humanitären Folgen betont und wurde explizit eine politische Erklärung zu diesem Zwecke aufgeführt.

Immer mehr Staaten erwarten eine Führungsrolle von Deutschland. Auch wir bitten Sie als Parlamentarier/-innen, die Regierung dazu aufzufordern, diese Führung zu übernehmen, selbst wenn enge Partner wie Frankreich noch nicht dazu bereit sind. Wir haben oft genug gesehen (z.B. beim Verbot von Landminen und Streubomben), dass starke Signale einzelner Staaten andere dazu bewegen zu folgen. Wir empfehlen, dass Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten eine politische Erklärung verabschiedet, in der ein Ende des Einsatzes von Explosivwaffen mit großem Wirkungsradius in bevölkerten Gebieten festgeschrieben wird - oder zumindest, was auch der UN Generalsekretär und das ICRC fordern das „Vermeiden“ dieser Einsätze. Eine solche Erklärung verstärkt die Achtung des geltenden Völkerrechts – und konkretisiert und ergänzt es durch Regelungen entsprechend der Realität moderner Konflikte. Die meisten Explosivwaffen sind nicht per se illegal, also muss die Völkerrechtskonformität bei jedem Einsatz neu ermittelt werden. Ein Standard, der den Einsatz bestimmter Explosivwaffen, die besonders schwere humanitäre Folgen haben, verhindert, kann also größere Klarheit schaffen und den Schutz der Zivilbevölkerung wirksam erhöhen.

Die Beschäftigung mit EWIPA muss immer auch die Situation und die Rechte der Opfer im Auge haben. Es geht nicht nur um verbesserte militärische Richtlinien und Praktiken, es geht auch um den spezifischen Bedarf der betroffenen Menschen. Der Humanitarian Needs Overview 2018 schätzt, dass 2.9 Mio Menschen in Syrien mit einer dauerhaften Behinderung leben.

Eine politische Erklärung sollte also nicht nur sicherstellen, dass der Einsatz von EWIPA beendet wird, sondern auch die Rechte der Überlebenden und der betroffenen Regionen regeln. Die grundlegenden Bedürfnisse der durch EWIPA betroffenen Menschen, ihre Sicherheit, Unterkunft, Nahrung, sanitäre und medizinische Einrichtungen müssen gewährleistet werden.

Für ein wirkungsvolles Handeln in diesem Sinne können Sie sich auch gemeinsam mit internationalen Kolleginnen und Kollegen äußern, indem Sie als einzelne Abgeordnete einen Appell unterzeichnen, den INEW am heutigen Tag weltweit an die Parlamente heranträgt. Wenn wir jetzt handeln, können wir in Zukunft wirkungsvoll den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten verbessern.

Dr. Eva Maria Fischer ist Leiterin Advocacy bei Handicap International Deutschland.

Handicap International ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation. Sie unterstützt weltweit Menschen mit Behinderung und andere besonders schutzbedürftige Menschen, um deren Lebensbedingungen zu verbessern. HI hilft bei Armut und sozialer Ausgrenzung, bei Konflikten und Katastrophen. Die Grundpfeiler ihrer Arbeit sind Menschlichkeit und Inklusion. Auf völkerrechtlicher Ebene kämpft die Organisation gegen die Missachtung der Menschenrechte, den Gebrauch von Landminen und Streubomben sowie Explosivwaffenangriffe auf die Zivilbevölkerung. Handicap International hat die internationale Koalition gegen Streubomben CMC mitgegründet, gehört bis heute zu ihren aktivsten Mitgliedsorganisationen und repräsentiert die Kampagne in Deutschland. HI ist außerdem eines der sechs Gründungsmitglieder der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 den Friedensnobelpreis erhalten hat.

Handicap International Deutschland ist Mitglied der internationalen Organisation **Humanity & Inclusion** (ehem. Handicap International), die die Umsetzung der Programmarbeit verantwortet.